

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Dezember 2022

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder. Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **TransitionNews: Starke Eltern und Strategien für die Medienerziehung von Kindern**
- **Carl Bossard: ... – bedrängte Bildungsgerechtigkeit**
- **Susann Kreutzmann: ... Rückkehr zu Fakten bei der menschlichen Biologie**
- **NDS: Stella Assange: "Im Zentrum des politischen ..."**
- **Oskar Lafontaine: Gedanken zum Krieg**
- **NDS: Verfassungsbeschwerde gegen Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland**
- **S. Ritter: Merkel enthüllt Doppelzüngigkeit des Westens**
- **GFP: Der Irrweg der Sanktionen**
- **GFP: Im "Systemwettbewerb" mit den USA**
- **Daniele Ganser: Hoffe nicht, dass wir uns auf einen Atomkrieg zubewegen**
- **Belgrader Forum: Tiefe Besorgnis über ... Konfrontation**
- **Antje Vollmer: Jetzt hilft nur noch die Weisheit ...**
- **Karin Leukefeld: Gegen Einmischung**
- **Leo Ensel: Zum Tod von Michail Gorbatschow: ...**
- **D. Goëßmann: Tod Gorbatschows im Westen missbraucht**
- **Franz Alt: Friedensstifter Michail Gorbatschow ist tot**

Zitat des Monats von [Oskar Lafontaine](#):

**Ich bin dafür,
dass wir Kriegsverbrecher vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen –
aber dann bitte alle!
Alle, die in der Politik für völkerrechtswidrige Kriege Verantwortung tragen!
Sonst werden wir auf dieser Welt keinen Frieden finden.**

Editorial

Wir beginnen diese Ausgabe mit einem Beitrag, der den negativen **Einfluss der sozialen Medien** auf Körper und Geist von Kindern im Unterschied zum Umgang mit anfassbarem Spielzeug beschreibt. Dann stellt Carl Bossard die **Bedeutung von klaren Strukturen und Anleitung im Schulunterricht** durch eine Lehrperson insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern dar.

Susann Kreuzmann macht uns auf die an ARD und ZDF gerichtete Forderung von Wissenschaftlern und Ärzten aufmerksam, im Zusammenhang von "Geschlechter"-Themen bei den **biologischen Fakten** und wissenschaftlichen Erkenntnissen zu bleiben und damit **dem Pressekodex nachzukommen**. Für die Auszeichnung von Julian Assange mit dem Sacharow-Preis für Menschenrechte und Gedankenfreiheit bedankt sich seine Frau Stella. Eine **weitere Unterstützung erfährt Assange** durch einen gemeinsamen Brief verschiedener großer internationaler Medien an die US-Regierung, auf eine Anklage zu verzichten und von Daniel Ellsberg.

Mit Blick auf die Ukraine erinnert Oskar Lafontaine an Brandts Entspannungspolitik und fordert eine **eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik**. Alexander Unzicker hat **Verfassungsbeschwerde** gegen die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland eingereicht. Scott Ritter geht auf die westliche Doppelzüngigkeit im Zusammenhang mit Merkels Interview ein, aus dem hervorgeht, dass das **Minsker Abkommen nicht ernst gemeint** war.

Die Plattform GFP weist auf Stimmen hin, die in den **Sanktionen gegen Russland einen Irrweg** sehen. GFP und die Süddeutsche Zeitung befassen sich zudem mit der Problematik, dass europäische Unternehmen aufgrund der gegenwärtigen Lage in Europa und den Anreizen der USA, ihre Standorte in die USA zu verlegen drohen.

Daniele Ganser findet, dass alle involvierten Parteien des Konflikts über ihre **Teilschuld an der Gewalttätigkeit in der Ukraine** nachdenken sollten, um zu einer ehrlichen Lösung zu kommen. Das Belgrader Forum fordert einen **sofortigen Dialog** auf höchster Ebene der geopolitischen Akteure, um eine weitere Verschärfung des Konflikts um die Ukraine zu verhindern. Karin Leukefeld berichtet, dass der Arabische Gipfel trotz diplomatischer Schwierigkeiten zwischen Marokko und Algerien in der Lage war, eine gemeinsame Abschlusserklärung zu verabschieden. Darin wird die **Unterstützung der Palästinenser betont**. In einem Grußwort an den Gipfel erinnert der russische Präsident Putin an die Notwendigkeit, eine multipolare Weltordnung zu errichten.

Antje Vollmer äußert sich im Interview grundsätzlich zur **Frage des Friedens bzw. einer stabilen Friedensordnung in Europa**. In den Beiträgen von Leo Ensel, David Goeßmann und Franz Alt wird das **Lebenswerk von Michail Gorbatschow** mit unterschiedlichen Schwerpunkten gewürdigt und dessen Bedeutung für die heutige Politik dargelegt.

[Inhalt](#) ↑

● TransitionNews: **Starke Eltern und Strategien für die Medienerziehung von Kindern**

Das Medienportal 'The Defender' weist darauf hin, dass moderne soziale Medien Geist und Körper von amerikanischen Kindern ruinieren. Interne Studien von Facebook hätten ergeben, dass die Produkte des Unternehmens bei Teenagern, insbesondere bei Mädchen, zu einem "Anstieg von Angstzuständen und Depressionen" führen. [Soziale Medien seien so konzipiert, dass sie süchtig machen](#). Starke Nutzung führe zu Schlafstörungen, Selbstmordgedanken und Körperdysmorphie, dem zwanghaften Selbstbetrachten in Spiegeln oder spiegelnden Oberflächen.

Dazu gehören auch eine intensive Pflege des Äußeren durch Schminken, Kämmen, Waschen, Rasieren, Haarschneiden sowie der Zwang zum ständigen Rückversichern über das eigene Aussehen. Das 'Institute for Family Studies' (IFS) und das 'Wheatley Institute' haben auf der Basis einer Umfrage unter 1'600 US-Jugendlichen im Alter von 11 bis 18 Jahren herausgefunden, dass es selbst extrem aufmerksame Eltern schwer haben, die Mediennutzung ihrer Kinder zu kontrollieren. Von den befragten Jugendlichen im Highschool-Alter, deren Eltern ihnen die Nutzung von Technologie verbieten, nutzen sie 76% trotzdem heimlich. Aus der Umfrage geht auch hervor, dass starke Familien die schlimmsten Folgen eines übermäßigen Medienkonsums abwenden können.

Eine Studie von Forschern der Universität Uppsala und dem 'Institute of Education am University College London' in Großbritannien kommt zu dem Ergebnis, dass [Vorschulkinder, die mit Tablets spielen, weniger kreativ und fantasievoll](#) sind als Kinder, die mit physischem Spielzeug spielen. Es wurden fast einhundert Spielaktivitäten in zwei Gruppen von Vorschulkindern, 2-Jährigen und 4-5-Jährigen, verglichen. 30 Kinder aus zwei Vorschulen nahmen an der Studie teil, und zwar während des Freispiels der Vorschule, d. h. des Spiels ohne große Beteiligung der Lehrer. Das freie Spiel macht etwa 57% der Zeit aus, die Kinder in der Vorschule verbringen.

[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform 'Transition Media', die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

Das "Bündnis für humane Bildung – [aufwach\(s\)en mit digitalen Medien](#)" setzt sich für eine humane und demokratische Bildung in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen ein, d.h. für die persönliche Unterrichtung und Betreuung aller Kinder und Jugendlichen in den Schulen, unabhängig von Sozialstatus und Finanzkraft der Eltern. Das Bündnis sieht hinter Begriffen wie "digitale Bildung" oder "digitaler Unterricht" keine pädagogischen Konzepte für den Einsatz von Medien(-technik) im Unterricht, sondern technische Konzepte für die Automatisierung, Standardisierung und Kontrolle von Unterricht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Carl Bossard: **Boomende Lerninstitute – bedrängte Bildungsgerechtigkeit**

Empirische Untersuchungen belegen nach Carl Bossard vielfach, dass Bildungsungleichheit bzw. die Bildungskarriere durch den elterlichen Hintergrund beeinflusst wird. Die Schule kann die Nachteile für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern nur in wenigen Fällen überwinden, bewirkt aber meistens, dass es diese Kinder schwerer haben, Autonomie und Eigenverantwortlichkeit gestärkt und gefördert zu bekommen. Nach Bossard kann die Schule dieses Problem nicht dadurch überwinden, dass sie auf einen lehrergeleiteten und strukturierten Unterricht verzichtet, sich vom Anleiten, Vorzeigen und regelmäßigen Üben abwendet sowie sich dem Individualisieren des Unterrichts und dem Dogma des selbstorientierten und selbstregulierten Lernens zuwendet. Denn viele Kinder können sich nicht selbst helfen. Das können nur die Wenigen, die über das nötige Vorwissen verfügen und den Lernprozess eigenständig steuern können. Die Forschung zeige, dass Kinder aus sozial schwächerem Elternhaus und aus fremdsprachigen Familien durch Selbstlernmethoden benachteiligt werden. Diese Kinder, aber oft auch gute Schüler, bräuchten, auch nach dem Erziehungswissenschaftler und Didaktiker Hermann Giesecke, [klare Strukturen, Unterstützung und Ermutigung durch eine Lehrperson](#) mit "verstehender Zuwendung".

[Carl Bossard](#), Jg. 1949, Studienabschluss in Schweizer Geschichte und Pädagogik, berufsbegleitender Abschluss als Gymnasiallehrer; Schullektor, Gründungsrektor einer Pädagogischen Hochschule, Lehrbeauftragter; Hauptinteresse an bildungspolitischen und gesellschaftlich-historischen Fragen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Susann Kreutzmann: **“Tendenziöse und Ideologie-basierte Berichte“: Wissenschaftler und Ärzte fordern von ARD und ZDF Rückkehr zu Fakten bei der menschlichen Biologie**

Eine Gruppe von 120 Wissenschaftlern, Medizinern, Psychologen, Pädagogen und Vertreter anderer Professionen wendet sich in einem [Aufruf gegen eine aus ihrer Sicht Ideologie-basierte Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk](#) (ÖRR). Insbesondere in Jugendprogrammen würden Beiträge etwa zu sexueller Identität journalistische Standards verletzen. In ihrem 50-seitigen Dossier kritisieren sie, dass insbesondere beim Trendthema “trans“ weder biologische Tatsachen noch wissenschaftliche Erkenntnisse wahrheitsgemäß dargestellt werden. In Beiträgen für Kinder und Jugendliche würden geschlechtsangleichende Operationen als “kinderleichter Schritt“ geschildert. Die psychischen und körperlich irreversiblen Folgen beim Einsatz von Pubertätsblockern, bei der Gabe gegengeschlechtlicher Hormone und der chirurgischen Entfernung von Penis, Brust und Gebärmutter würden bestenfalls nebenbei erwähnt. Den Kritikern geht es laut ihrem Aufruf “ausdrücklich nicht um die Abschaffung des ÖRR, sondern um dessen Rückkehr zum Sendeauftrag. Schließlich sind die gebührenfinanzierten Formate in besonderem Maße nicht nur auf die Grundsätze des Pressekodex, die Achtung der Wahrheit und die sorgfältige Recherche verpflichtet.“

[Susann Kreutzmann](#), Jg. 1971, studierte Politikwissenschaft, arbeitete mit Schwerpunkt Latein- und Südamerika für verschiedene Medien. Seit 2022 bei der NZZ in Berlin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- NachDenkSeiten: **Stella Assange: “Im Zentrum des politischen Hier und Jetzt“**

Bei einer Veranstaltung am 14.10.2022 in Berlin hat die Ehefrau von Julian Assange, Stella Assange, ihre Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass ihr Mann für den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments für Menschenrechte und Gedankenfreiheit nominiert wurde, was in krassem Kontrast zu der Absicht der USA stehe, Julian für 175 Jahre ins Gefängnis stecken zu wollen. [Sie rief die Mitmenschen auf, mit ihrer Unterstützung weiterzumachen](#), um so die Auslieferung unmöglich zu machen, aber auch um klarzumachen, dass die Macht des Staates in der Hand von Kriminellen liege, die sich über internationale Verpflichtungen hinwegsetzen. Stella Assange kämpft derzeit darum, auch möglichst viele junge Menschen als Unterstützer zu erreichen. Über das Verhalten der Medien ist sie enttäuscht. Angesichts der schrecklichen Dinge, die Julian erleben musste und noch erlebe, sei es für sie wichtig, die Unterstützung der Mitmenschen zu spüren. Sie hofft, dass die australische Regierung weiterhin den Druck der Wähler zu spüren bekommt, damit sie die Kraft hat, sich weiterhin für die Rückkehr von Julian nach Australien einzusetzen.

In einem gemeinsamen Brief, der am 28.11.2022 veröffentlicht wurde, forderten The New York Times, The Guardian, Le Monde, Der Spiegel und El Pais die US-Regierung auf, die Anklage gegen Julian Assange aufgrund des ‘Espionage Acts’ fallen zu lassen, da sie “einen gefährlichen Präzedenzfall dar[stellt] und droht, Amerikas ersten Verfassungszusatz und die Pressefreiheit auszuhöhlen“. Assange ist bereits [seit einem Jahrzehnt ohne Prozess und Verurteilung inhaftiert](#). Die ganze Zeit über haben die New York Times, der Guardian, Le Monde und Der Spiegel keinen Ton zu seiner Verteidigung gesagt. Sowohl die New York Times als auch der Guardian haben die Anklage gegen Assange unterstützt. Da fragt sich Paul Craig Roberts: “Warum haben die Medien ein Jahrzehnt gebraucht, um zu erkennen, dass es eine Bedrohung für den gesamten Journalismus ist, wenn Journalisten als Spione verhaftet werden, weil sie ihre Arbeit machen?“

Der ehemalige Berater im US-Verteidigungsministerium und Whistleblower Daniel Ellsberg hat 2021 gefordert: [Julian Assange “muss freigelassen werden, um der Welt mehr Wahrheit zu vermitteln“](#) (mit Video mit deutscher Übersetzung, 7m34; [deutsches Transkript](#) dazu). Ellsberg war

für ein vergleichbares Handeln, das Aufdecken eines aggressiven Krieges, mit 115 Jahren Haft in den USA bedroht, indem das Spionagegesetz wie bei Julian Assange verfassungswidrig ausgelegt werden sollte.

Das Projekt [NachDenkSeiten](#) geht auf die Initiative von Albrecht Müller zurück. Seine Realisierung folgt allein der Idee, etwas gegen die Einseitigkeit und Flachheit der öffentlichen Debatte tun zu wollen und dazu das Medium Internet zu nutzen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Oskar Lafontaine: **Gedanken zum Krieg**

Für Oskar Lafontaine ist die Entspannungspolitik Willy Brandts am Ende, es habe ein neues Zeitalter der Aufrüstung und Eskalation begonnen. "Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen", sagte Brandt einst – heute werden weitere Waffenlieferungen in die Ukraine damit begründet, dass deutsche Waffen Menschenleben retten. Wie lässt sich das erklären? Oskar Lafontaine sieht die Gründe dafür auf der anderen Seite des Atlantiks. Weil die Amerikaner es so wollen, kappen wir die Energieversorgung aus Russland, fahren die deutsche Wirtschaft an die Wand und steuern auf eine Eskalation des Ukrainekriegs zu. In seinem Buch "[Ami, It's Time to Go!. Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas](#)" analysiert er die deutsche Abhängigkeit von den USA und fordert: Nur eine eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann den Frieden langfristig sichern.

Auch im [Interview mit Milena Preradovic](#) stellt Lafontaine seine Sicht und seinen Standpunkt verständlich dar (Video, 46m40).

[Oskar Lafontaine](#), Jg. 1943, 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes. Im März 1999 legte er alle seine bisherigen politischen Ämter (Bundesfinanzminister, SPD-Vorsitz) aus Kritik am rot-grünen Regierungskurs von Gerhard Schröder nieder. Von 2007 bis 2010 war er Parteivorsitzender der damals neugebildeten Partei 'Die Linke'. Heute Publizist. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- NachDenkSeiten: **Verfassungsbeschwerde gegen Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland**

Eine Verfassungsbeschwerde hat der Jurist und Physiker Alexander Unzicker zu verschiedenen Aspekten der Ukrainepolitik der Bundesregierung formuliert. Die Beschwerde wendet sich dagegen, dass ukrainische Militärangehörige auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet werden, außerdem solle der Bundesregierung untersagt werden, sich an der EU-Unterstützungsmission zur militärischen Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) zu beteiligen. Die Ausbildung ukrainischer Militärangehöriger durch andere Staaten, insbesondere den USA, auf deutschem Territorium müsse "durch Ausüben der deutschen Hoheitsgewalt" verboten werden. Begründet wird die Beschwerde mit Berufung auf Art. 2 II GG: Die [Ausbildung ukrainischer Militärangehöriger könne als Kriegseintritt Deutschlands aufgefasst werden](#). Dies gefährde Leben und Gesundheit aller Einwohner Deutschlands gegenwärtig und unmittelbar.

Die NachDenkSeiten dokumentieren die [Verfassungsbeschwerde im Wortlaut](#), weil es – unabhängig von den juristischen Erfolgsaussichten – viele Informationen zum Thema zusammenfasst.

Das Projekt [NachDenkSeiten](#) geht auf die Initiative von Albrecht Müller zurück. Seine Realisierung folgt allein der Idee, etwas gegen die Einseitigkeit und Flachheit der öffentlichen Debatte tun zu wollen und dazu das Medium Internet zu nutzen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Scott Ritter: Merkel enthüllt Doppelzüngigkeit des Westens**

Aufgrund eines Interviews, das Angela Merkel gegeben hatte, geht Scott Ritter davon aus, [dass das Minsk-Abkommen vom Westen nicht ernst gemeint war, sondern nur dazu diente der Ukraine Zeit zur wirtschaftlichen Erholung vor einem Krieg mit Russland zu verschaffen](#) (engl. [Original](#)). Gleichzeitig wurde Russland zu dem Glauben verleitet, es sei eine diplomatische Lösung für die Probleme in der Ostukraine möglich. Merkel hat in dem Interview auf den Münchner Kompromiss von 1938 angespielt, mit dem sich Großbritannien und Frankreich Zeit kauften, um sich auf den Krieg mit Hitlers Deutschen Reich vorbereiten zu können. Da Merkel diesen Vergleich vorgenommen habe, habe sie gewusst, dass eine Einladung der Ukraine in die NATO eine militärische Reaktion Russlands auslösen würde. Ritter weist auch darauf hin, dass der frühere ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Juni gesagt hat: “Unser Ziel war es, zuerst die Bedrohung zu stoppen oder zumindest den Krieg zu verzögern – acht Jahre zu sichern, um das Wirtschaftswachstum wiederherzustellen und mächtige Streitkräfte aufzubauen.“ Laut Scott hat auch Russlands Präsident Wladimir Putin mittlerweile eingeräumt, dass es ein Fehler war, dem Minsker Abkommen zuzustimmen.

Thomas Röper nimmt Merkels Interview zum Anlass, um die jüngsten westlichen Meinungen zum Umgang mit dem Krieg in der Ukraine zu zitieren. So sieht der Außenbeauftragte Borrell in der Militärhilfe für die Ukraine einen “sehr konkreten Beweis und eine Veranschaulichung des gemeinsamen Willens Europas, die Ukraine zu unterstützen: militärisch, finanziell, wirtschaftlich und politisch“. Und in der Zerstörung des Landes sieht er eine Verbesserung der Chancen auf einen EU-Beitritt. Der Präsident des französischen Instituts für internationale Beziehungen dagegen warnte: “Der Krieg wird erst enden, wenn die USA die Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen. Aber die USA nutzen den Krieg, um die EU energieabhängig zu machen.“ Marine Le Pen mahnt die Europäer: “Man kann nicht einen Energiekrieg gegen Russland führen, wenn man selbst keine Energie hat. Das ist dumm. Die jetzt beschlossenen Sanktionen haben weitaus schlimmere Folgen für unsere eigene Bevölkerung als für den Herrscher, gegen den die Sanktionen verhängt werden.“ Den Staats- und Regierungschefs der beiden führenden europäischen Länder, Macron und Scholz, wurde nach dem letzten US-Besuch geraten: “Der Mangel an französischer und deutscher Selbsterkenntnis ist schockierend. [Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, dass Macron und Scholz stramm stehen](#) und auf Leute wie Kaja Kallas aus Estland, Andrzej Duda aus Polen oder Piotr Fiala aus der Tschechischen Republik hören, anstatt ihre Hybris zu verdoppeln?“

[William Scott Ritter Jr.](#), Jg. 1961, ist ein US-Offizier, der in seiner Rolle als UN-Inspektor für die UNSCOM-Mission im Irak bekannt wurde. 1998 trat er von diesem Amt zurück und wurde zu einem scharfen Kritiker der US-Politik. (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](#), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **GFP: Der Irrweg der Sanktionen**

In Deutschland wird [scharfe Kritik am Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland](#) laut. Wie es in einem Beitrag für die Fachzeitschrift ‘Internationale Politik’ (IP) heißt, haben die Staaten Nordamerikas und Europas mit ihren Sanktionen einen “Irrweg“ eingeschlagen, den sie rasch verlassen müssten. Falsch eingeschätzt habe die westliche Sanktionsallianz nicht nur die Fähigkeit der russischen Bevölkerung, die Zwangsmaßnahmen durchzustehen, sondern auch die Folgen im internationalen Finanzsystem. Dort zeichne sich eine zunehmende Abkehr von westlichen

Finanzinstrumenten und Währungen ab, um etwaige künftige Sanktionen der transatlantischen Mächte von vornherein auszuhebeln. Zudem habe die Sanktionsallianz den Unmut in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unterschätzt, die keinen Einfluss auf die Sanktionsentscheidungen hätten, aber teils schwer durch sie geschädigt würden. Indiens Finanzministerin Nirmala Sitharaman kündigt an, die westlichen Mächte im Rahmen der G20 wegen ihrer Sanktionspolitik zur Rede stellen zu wollen. New Delhi übernimmt in Kürze den Vorsitz in dem Zusammenschluss.

[German-Foreign-Policy](#) (GFP), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● GFP: Im “Systemwettbewerb” mit den USA

Die USA versuchen mit staatlichen Investitionsprogrammen [europäische Konzerne, die Zukunftstechnologien herstellen, in die USA zu locken](#), indem die Subventionen nur für in den USA hergestellte Produkte gegeben werden. Während Frankreich entschlossene Gegenmaßnahmen fordert, wiegelt die Bundesregierung ab und begrenzt die EU auf Verhandlungen mit den USA. Aber es werden auch europäische Spitzenbeamte hörbar, die die USA auf die Folgen der hohen Energiekosten für Europa aufmerksam machen, auch darauf, “dass sich die öffentliche Meinung in vielen EU-Ländern ändert“. Und: “Es ist optisch nicht gut, den Eindruck zu erwecken, dass der beste Verbündete in Wirklichkeit riesige Profite aus Ihren Problemen zieht.“

Der französische Präsident Emmanuel Macron kritisiert einem Insider zufolge die US-Lokalisierungsvorschriften und Subventionen des sogenannten [‘Inflation Reduction Act’ \(Inflationsbekämpfungsgesetz\) als "super aggressiv"](#). Um vor allem in den USA produzierende US-Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen, sieht das Gesetzespaket rund 357 Mrd. Euro für Klimaschutz und Energiesicherheit vor – die größte Investition in den Kampf gegen die Erderwärmung in der US-Geschichte. Hauptsächlich aber für diejenigen, die auch in den USA produzieren. Der "Inflation Reduction Act" habe einen direkten Einfluss auf die europäische Industrie, hieß es vor dem Besuch aus dem Élysée-Palast. Macrons Büro lehnte es ab, den Kommentar zu bestätigen, über den die französische Nachrichtenagentur AFP zuerst berichtete. Auch andere europäische Staats- und Regierungschefs, u.a. Olaf Scholz, kritisieren das Gesetz. Die EU befürchtet, dass die europäischen Firmen wegen ihrer mit dem Gesetz einhergehenden Benachteiligung ihre Produktion nach Übersee verlagern könnten. Zudem würden die [US-Gas- und Rüstungsindustrie von dem Krieg in der Ukraine profitieren](#).

[German-Foreign-Policy](#) (GFP), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Daniele Ganser: Hoffe nicht, dass wir uns auf einen Atomkrieg zubewegen

Daniele Ganser, der die Lage in der Ukraine für gefährlich und einen Atomkrieg für nicht führbar hält, meint in einem Interview abschließend: “Wenn wir über den Krieg in der Ukraine nachdenken, müssen wir [erkennen, dass eine Teilschuld in Washington liegt. Eine weitere Teilschuld liegt in Kiew, und eine Teilschuld liegt in Moskau](#). Es ist keineswegs so, dass Russland für alle Probleme in der Ukraine verantwortlich ist. Wenn wir uns aber nicht trauen, über den Putsch der USA vom Februar 2014 zu sprechen, können wir die Teilschuld von Obama nicht erkennen. Wenn wir nicht über den Bürgerkrieg sprechen, können wir die Teilschuld von Selenski nicht

sehen. Auch Putin hat eine Teilschuld, denn er ist verantwortlich für die illegale Invasion vom Februar 2022. Aber alle Schuld Putin zu geben, ist sachlich falsch und verhindert eine friedliche Lösung. Wichtig ist in einem Konflikt, dass alle involvierten Parteien über ihre Gewalttätigkeit nachdenken und diese auch eingestehen. Erst dann kann es eine ehrliche Lösung geben.“

[Daniele Ganser](#), Jg. 1972, ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik, sowie Energie- und Friedensforscher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Belgrader Forum: **Tiefe Besorgnis über die Verschärfung der globalen Konfrontation**

Das ‘Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen’ fordert “einen [sofortigen Dialog und diplomatische Bemühungen auf höchster Ebene zwischen Washington, Moskau, Peking und Brüssel](#). Dabei kann es nur um eine ‘friedliche Koexistenz’ zwischen souveränen Nationen gehen, die entschlossen sind, eine weitere Verschärfung des Konflikts zu verhindern, welche zu einem Szenario eines dritten Weltkriegs führen könnte, ohne dabei eine atomare Einäscherung der Welt auszuschließen. Die Anerkennung von Gleichheit, gegenseitiger Abhängigkeit und Partnerschaft bei der Wahrung von Frieden, Sicherheit und Entwicklung als unteilbarer zivilisatorischer Wert ist der einzige Weg für das Überleben und die sichere Zukunft der Menschheit.“

Wenn der erste Schritt durch die geopolitischen Akteure getan ist, muss nach unserer Auffassung die Ukraine unabdingbar in den diplomatischen Dialog einbezogen werden. (Red.)

[Belgrader Forum](#), gegr. im März 2000 und Mitglied im Weltfriedensrat, ist eine unabhängige, unparteiische und gemeinnützige Vereinigung. Das Forum hat Dutzende von internationalen und nationalen Konferenzen, runden Tischen und anderen öffentlichen Veranstaltungen organisiert. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Antje Vollmer: **Jetzt hilft nur noch die Weisheit des westfälischen Friedens**

Die Pfarrerin und Pädagogin Antje Vollmer äußert sich in einem zweiteiligen Interview zu verschiedenen politischen Themen. Zunächst stellt sie fest, dass sich die Grünen in den 1980er Jahren in der Friedensfrage richtig positioniert haben, aber heute keine Debatte mehr darüber führen, wie wir zum Frieden bzw. zu einer stabilen Friedensordnung in Europa kommen.

Nach Vollmer hat der Krieg in der Ukraine “in den Köpfen spätestens 2008 und erst recht 2014 begonnen. Das gilt für die russische Position – aber es gilt auch für den Westen. [Der Ausschluss von Russland aus Europa war ja das erklärte alte NATO-Ziel](#).“ Und Putin habe mit der Militäraktion “das Tor zum Westen auf lange Zeit zugeschlagen. Aber auch der Westen hat Russland dauerhaft ausgeschlossen und sich schon lange eine andere Weltordnung überlegt.“ Es sei beschämend, dass außer Viktor Orban kein westlicher Politiker zur Beerdigung von Gorbatschow, der sich für einen dauerhaften Frieden in Europa eingesetzt hatte, gereist sei. Eine Pattsituation zwischen Ost und West sieht Vollmer derzeit nicht, vielmehr stehe die Auseinandersetzung mit China im Raum, zu der sich die Frage erhebe, ob hier die Methode der Konfrontation angeraten sei. Die ökologische Frage sei weltweit nicht zu lösen ohne eine neue Zusammenarbeit mit China und Russland und den Teilen der Welt, die sich nicht dem Westen zugehörig fühlen.

In den meisten Stiftungen sieht Vollmer keine inhaltlich unabhängigen Institutionen mehr, denn sie verbreiten eine einheitliche, fast ausschließlich transatlantisch orientierte Agenda. Es sei unverständlich, dass solche Organisationen massiv vom Staat gefördert werden, während engagierte Städtepartnerschaften um Unterstützungsmittel ringen müssen. Uns Bürgern rät Vollmer, gegenüber der medial verbreiteten Mehrheitsmeinung vorsichtig zu sein und “hellhörig zu werden gegenüber den Stimmen, die bei uns sehr leise geworden sind“.

Hinsichtlich von Sanktionen merkt sie an, dass wir uns fragen müssen, “ob die Politik der Sanktionen auch nur den geringsten Erfolg auf der gegnerischen Seite hatte“. Das gelte nicht nur bzgl. Putin, sondern auch bzgl. Iran, Kuba und anderen Staaten, da diese Maßnahmen immer die Bevölkerung treffen, aber in den betroffenen Gesellschaften immer die Hardliner Oberwasser bekommen. [“Die Erde in ihrem bedrohten Zustand braucht aber Reformen, braucht Kooperation über Gräben hinweg, braucht einen Abbau von Feindbildern“](#), keinen Regime Change, keine Revolutionen, keine Gewalt. “Jetzt hilft nur noch die Weisheit des westfälischen Friedens. Die aber heißt: Wir fangen an, unsere gegenseitigen Sicherheitsbedürfnisse ernst zu nehmen. Wir akzeptieren unsere Unterschiede. Wir regeln mit Verhandlungen, was wir zu regeln vermögen. Den Rest muss eine höhere Macht oder die zukünftige Generation bewältigen. Erst einmal müssen die Waffen schweigen.“ Die Welt brauche “dringend eine neue Blockfreien-Bewegung“.

[Antje Vollmer](#), Jg. 1943, studierte ev. Theologie, Politikerin und Publizistin, (Mit)Initiantin verschiedener friedenspolitischer Initiativen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Gegen Einmischung**

Am 02.11.2022 ist in Algerien das [Gipfeltreffen der Arabischen Liga zu Ende gegangen](#). Konflikte gab es Medienberichten zufolge vor allem zwischen Marokko und dem Gastgeber. Die Grenzen zwischen beiden Ländern sind geschlossen, Algerien brach die diplomatischen Beziehungen zu Marokko im August 2021 ab, nachdem das Königreich ein militärisches Abkommen mit Israel unterzeichnet und israelische Truppen ins Land gelassen hatte. Rabat wiederum wirft Algier vor, die Kämpfer für die Unabhängigkeit der von Marokko besetzten Westsahara zu unterstützen. Trotz dieser Auseinandersetzungen konnte der Gipfel eine gemeinsame Abschlusserklärung verabschieden. Darin wurde die Unterstützung der Palästinenser betont und die OPEC-Länder zu einer politischen Lösung der Krise in Syrien aufgerufen. In einer Grußbotschaft erinnerte Russlands Präsidenten Wladimir Putin den Gipfel an die Notwendigkeit, eine multipolare Weltordnung zu errichten.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Leo Ensel: **Zum Tod von Michail Gorbatschow: Für eine Renaissance des Neuen Denkens**

Für Leo Ensel steht Michail Gorbatschow dafür, dass es ihm gelungen ist, das Neue Denken zeitweise in die Höhen der Weltpolitik zu bringen – das Neue Denken, das nach Albert Einstein seit dem Atombombeneinsatz in Hiroshima notwendig ist, wenn die Menschheit weiterleben will. In der Retrospektive habe “Gorbatschow immer wieder betont, dass seine Politik des Neuen Denkens nicht als gigantische Kopfgeburt am Schreibtisch entstand, sondern im Wechselspiel mit der praktischen Politik Schritt für Schritt entwickelt, modifiziert, umgesetzt und weiterentwickelt wurde.“

Diese Politik hat 1985 die [gemeinsame Erklärung von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan ermöglicht](#), nach der “ein Atomkrieg niemals von einer Seite gewonnen [werden könne], dürfe daher auch niemals begonnen werden und keine Seite dürfe militärische Vorherrschaft anstreben“. Dieser Erklärung “folgten u.a. das Totalverbot landgestützter nuklearer Kurz- und Mittelstreckenraketen, die Verringerung strategischer Atomraketen und die Vernichtung von insgesamt 80% aller Atomsprengköpfe weltweit“.

Das Erbe des Neuen Denkens werde derzeit "fahrlässig an die Wand gefahren, die Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsverträge, die das Ende des Kalten Krieges ermöglicht hatten, stehen auf der Kippe oder sind bereits gekündigt, Atomsprengeköpfe werden 'modernisiert', kurz: Ein unkontrolliertes atomares Wettrüsten auf allen Ebenen und in mehreren Weltregionen zugleich wird immer wahrscheinlicher." Ensel plädiert für eine Renaissance des Neuen Denkens, wie es Gorbatschow gelebt hat.

[Leo Ensel](#) ist Konfliktforscher, interkultureller Trainer und Autor etlicher Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt in der Erkundung und Bewusstmachung der Bilder, die Menschen sich einerseits von sich selbst und ihrem Land und andererseits von Anderen und fremden Ländern machen und wie diese Bilder ihr Handeln bestimmen. Im Neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● David Goeßmann: **Wie der Tod Gorbatschows im Westen missbraucht wird**

Für David Goeßmann ist die in den Medien zu findende Huldigung Gorbatschows als Reformers und westlich orientierter Staatsmann nicht hinreichend. Vielmehr sei er auch ein scharfer Kritiker US-geführter Geopolitik gewesen, dem gegenüber das von Helmut Kohl und vom US-Außenminister James Baker gegebene Versprechen, die NATO keinen Zentimeter weiter nach Osten zu verschieben, gebrochen wurde. Dieser Wortbruch hat die Hoffnung auf eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur zerstoßen und von Gorbatschow "als großen Fehler und Vertrauensbruch bezeichnet". Goeßmann bedauert, dass der Tod von Michail Gorbatschow im Westen nicht dazu genutzt wird, "daran zu erinnern, was warum in der russischen Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges falsch gelaufen ist und [welche Verantwortung USA und Europa daran tragen](#). Stattdessen wird Gorbatschow selektiv gehuldigt und schließlich missbraucht, um ein von störenden Flecken gereinigtes Bild vom guten Russland zu fabrizieren – ein Russland, das von Putins Machtgelüsten jedoch zunichtegemacht worden sei. Das ist in dieser Form nicht nur falsch, sondern auch gefährlich."

[David Goeßmann](#), Jg. 1969, freier Journalist und Produzent des unabhängigen Nachrichtenmagazins Kontext TV. Von 2005 bis 2007 agierte er als freier Auslandskorrespondent in den USA für den ARD-Hörfunk, Spiegel Online und Die Welt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Franz Alt: **Friedensstifter Michail Gorbatschow ist tot**

Franz Alt erinnert daran, dass Gorbatschow in dem Bewusstsein gelebt und gehandelt hat, dass wir "[eine Menschheit auf einer Erde unter einer Sonne](#)" sind. Wirklicher Frieden könne "nur erreicht werden unter der Bedingung einer demilitarisierten Politik und demilitarisierter internationaler Beziehungen. Politiker, die meinen, Probleme und Streitigkeiten könnten durch Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden – sei es auch als letztes Mittel – sollten von der Gesellschaft abgelehnt werden, sie sollten die politische Bühne räumen". Gorbatschow zu einem Atomkrieg: "Ein Atomkrieg wäre der letzte Krieg der Menschheit, weil es danach keine Menschen mehr gäbe, die noch einen Krieg führen könnten." Für Alt war Gorbatschow der größte Abrüster aller Zeiten.

[Franz Alt](#), Jg. 1938, studierte Politische Wissenschaften, Geschichte, Philosophie und Theologie. Er ist Journalist und Buchautor und betreibt die Web-Site [Sonnenseite](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑